

# Stadtverwaltung Wittlich

## BESCHLUSSVORLAGE



**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. Juli 2023  
Prüfauftrag zur Durchführung hybrider Stadtratssitzungen in der neuen Legislaturperiode nach § 35a Gemeindeordnung (GemO)**

Fachbereich: Zentralbereich  
Sachbearbeitung: Klein, Sebastian  
Aktenzeichen: 1114.01.02  
Vorlagennummer: 2023/268  
Datum: 11.07.2023  
Berichterstattung:

TOP	Gremium (Beratungsfolge):	Termin:	Topstatus	Beratung
6	Stadtrat	18.07.2023	öffentlich	beschließend

### ***Beschlussvorschlag:***

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, in welcher Form Sitzungen des Stadtrates in der kommenden Legislaturperiode in hybrider Form durchgeführt werden können. Hierzu sollen die Anschaffungskosten, die Kosten für den laufenden Betrieb sowie eventuell benötigte personelle Ressourcen berücksichtigt und aufgeführt werden. Darüber hinaus soll die Möglichkeit geprüft werden, Sitzungen per Livestream online zu übertragen.

### ***Begründung/Problembeschreibung:***

Die kommunale Selbstverwaltung wird in Rheinland-Pfalz zum größten Teil durch Ehrenamtliche ausgeführt, so auch in der Stadt Wittlich. Um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt zu unterstützen hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz die kommunalrechtlichen Vorschriften angepasst um die Sicherung zeitlicher Ressourcen zu unterstützen.

Arbeitnehmer:innen mit flexiblen Arbeitszeiten, Familien oder Ehrenamtliche, die Angehörige pflegen, könnte so eine Mitarbeit ermöglicht werden. Gleichzeitig könnte mit online durchgeführten Sitzungen gewährleistet werden, dass alle Bürger:innen an die Stadtratssitzungen teilnehmen könnten. Dadurch würden unsere demokratischen Strukturen gestärkt und die Arbeit des Stadtrates transparenter.

Die Durchführung von Videokonferenzen hat sich während der Corona-Pandemie bereits etabliert, daher könnte so die bereits etablierte Arbeit mit Videokonferenzen um die Möglichkeit einer hybrid durchgeführten Form erweitert werden. Sicherlich wäre die Teilnahme an Sitzungen in Präsenz vorzuziehen, es könnte jedoch immer wieder Situationen geben, die eine Online-Teilnahme begründen. Ebenfalls könnten Fachvortragende das Angebot nutzen und so weite Anreisen eingespart werden.

Joachim Rodenkirch  
Bürgermeister

Anlage:  
Antrag SPD-Stadtratsfraktion